

Am Markt kann das Rettungspaket der Regierung nicht beeindrucken

Krisenlösung ohne Kapital?

Von Gerd Held

Merkwürdig, das „Rettungspaket“ der Bundesregierung liegt auf dem Tisch und wird nicht abgeholt. Es wurde in höchster Eile gepackt, aber nun vergehen die Tage und kaum einer holt es ab. Vor einer Woche präsentierte sich die Regierung noch als rettender Rambo der deutschen Wirtschaft. Doch die Börse hat sie dementiert. Der Kursverfall hat deutlich gemacht, dass die Realwirtschaft des Exportweltmeisters Deutschland zu groß ist, um durch ein staatliches Geldpaket aus der Krise zu kommen. Was am Ende dieser Woche bleibt, sind die aggressiven Töne der Regierenden. Da wird Josef Ackermann an den Pranger gestellt, weil der Chef der größten Bank im Land nicht die Rolle des Ertrinkenden eingehen will. Der Finanzminister Steinbrück will die Schweiz mit der „Peitsche“ auf den rechten Weg der Steuergesetzgebung weisen. Die große Koalition stellt sich nicht dem verbreiteten Ressentiment gegen das Bankwesen entgegen, sondern bedient es. Sie zeichnet mit am Fahndungsbild des Sündenbocks, während andere schon das „Verhaftet ihn!“ in den Mund nehmen.

Dabei hätte der Finanzminister Steinbrück allen Grund, über die Versäumnisse der Politik und seinen eigenen Beitrag dazu nachzudenken. Das deutsche System der Banken in öffentlicher Hand hat sich als anfällig erwiesen. Es waren insbesondere die Landesbanken, die sich besonders leichtsinnig in spekulative Geschäfte begeben haben. Die Bayern LB hat jetzt die Karten auf den Tisch gelegt – nach langem Verzögern. Was aber ist mit der West LB, deren Sanierung seit Jahren vor sich hin dümpelt, und für die Peer Steinbrück in NRW von 2000 bis 2005 erst als Finanzminister und dann als Ministerpräsident Verantwortung trug? Es wäre ein sinnvol-

ler Schritt, wenn alle Landesbanken in Deutschland das Rettungspaket in Anspruch nehmen und im Gegenzug das ganze System reformiert wird. Die Landesbanken haben eine schlechte Mittelstellung. Sie sind zu groß, um bodenständig wie die Sparkassen zu sein, und zu klein, um sich in den großen Kreisläufen des internationalen Bankgeschäfts wirklich zu rechtzufinden. Hier haben sich zum Beispiel die staatlichen französischen Banken als weniger naiv erwiesen. Der oft zu recht gescholtene Zentralismus hat immerhin dazu geführt, dass dort Finanzfachleute mit Draht zur „City“ zur politischen Klasse gehören. Wenn unser deutsches Staatswesen finanztauglicher werden soll, muss der Typus des bodenlosen Provinzpolitikers, der sich als „Global Player“ aufführt, seine Schlüsselstellung verlieren.

Dennoch gibt es ein tieferes Problem, mit dem der Staat prinzipiell überfordert ist und dem auch der erfahrene französische Zentralismus nicht gewachsen ist. Kein Rettungspaket und kein noch so intelligenter Eingriff in die Zahlungsströme kann im Bankwesen die Bildung von Eigenkapital ersetzen. Dies scheint jetzt das Nadelöhr zu sein, durch das alle Lösungen der Finanzkrise führen. Weltweit versuchen die Banken, ihr sträflich vernachlässigtes Kernkapital zu erhöhen. Beim Verhältnis der gewährten Kredite zum Kapital einer Bank gilt inzwischen eine Quote von 8-10% als Minimum. In dieser Quote liegt der harte Kern des Vertrauensproblems. Dabei schafft das Kernkapital nur dann wirklich soziales Vertrauen, wenn es durch freie Akteure aufgebaut wird, die auch anders wählen können – die ihre Investitionsentscheidung also auf einem Markt treffen. Wo der Staat sein Geld, das er durch die allgemeine Steuerpflicht eingezogen hat,

einsetzt, fehlt dieser Qualitätsbeweis. Das Pflichtgeld des Staates ist farbenblind. Ob auf gutem oder schlechten Weg – es ist auf jeden Fall da. So kann das für Investitionen notwendige Vertrauen nicht entstehen. Denn jedermann weiß, dass hier das der Bank anvertraute Kernkapital durch eine Zahlungspflicht zustande kam. Verpflichtung schafft kein Vertrauen. Jedes Vertrau-

genzusetzen. Die Tatsache, dass wir eine Koalition der beiden großen Volksparteien haben, soll ihr diese Aufgabe eigentlich erleichtern. Aber die politischen Helden dieser Tage kraftmeiern mit ihrem Rettungspaket. Für den Fall, dass die Rettung länger dauert wird, haben sie die Schuldigen schon ausgeguckt.

(Manuskript vom 24.10.2008, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 25.10.2008)

en wird entwertet, wenn eine Pflicht bei ihm Pate stand. Der beste Bürge für das soziale Vertrauen ist die freie Marktentscheidung.

Die Bundesregierung hätte es in der Hand, über diese Zusammenhänge aufzuklären und den Ressentiments etwas entge-